

Dresdener Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15,

empfehlend in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Land-
wirthschafts-Geräthe.

41. Jahrgang.

Dresden, 1896.

Prada's
Milch-Seife
Dresdener Fabrik
Dresden.

Hugo Borack
Hollfelderstr.
Altmarkt, Soosstrasse 1.
Wollene gestrickte
**Herren-, Damen-
und
Kinderwesten**
zu allen Preisen.
Ausverkauf
in Blumen und Kleideren
unter Kostenpreis.

Weihnachts-Neuheiten
in
Photographie-Albums, Portefeuille-Waaren
empfehlend
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstrasse 3.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und
Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
**Wihl. Rühl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11, Fernsprechstelle 1119.**

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Das **Bandagen-Geschäft M. H. Wendschuch sen.** befindet sich **nur Marienstrasse 22^b** im Gartengrundstück neben den „3 Raben“.
Der altrenom. Firma **unverändert schon seit über 30 Jahren**

Nr. 343. Spindel: Internationale Page. Hofnachrichten. Ernst Engel's Stadtvorordneten-Versammlung. Gemeindefest. Muthmaßliche Witterung: **Sonnabend, 12. Decbr.**
Deutschensache. Gerichtsverhandlungen. Coblenz's Heimkehr. Sächsischer Kunstverein. Aufsteher, leichter Fein.

Politisches.
Die internationale Page, die unter dem Einflusse der winterlichen Zeit in den letzten Wochen so angenehm ruhig geworden ist, daß man im allgemeinen europäischen Interesse wünscht, es freie auch den Sommer über im Orient, beginnt neuerdings wieder einige Wellen zu schlagen. In der englischen Presse ist nämlich die schon seit Monaten geschlossene Diskussion über den angeblichen russisch-chinesischen Geheimvertrag neu eröffnet worden und in Vontzeno-Moskau, an der Delagoa-Bay hat eine Revolte stattgefunden, die das deutsche Interesse empfindlich berührt und die deutsche Kolonialpolitik zu verstärkter Wachsamkeit gegenüber der dortigen Machtverteilung auffordert.

Der behauptete geheime Vertrag zwischen Rußland und China, bezüglich dessen Lord Salisbury seiner Zeit, als er zuerst am politischen Horizont auftauchte, beschwichtigend abwinkte, hat nunmehr, zunächst allerdings bloss in den Spalten eines englischen Blattes, das seinen „Weltlauf“ in Paragrafen wiederholt, erste Erwähnung gefunden. In 12 Artikeln werden Vereinbarungen getroffen, deren wesentlicher Inhalt darin besteht, daß Rußland von China die Erlaubnis zu Eisenbahnbauten durch die Mandchurie erhält, außerdem aber auch Abzweigungen nach Südwesten (Port Arthur) vornehmen darf. Das heißt mit anderen Worten, daß Rußland in den Stand gesetzt wäre, Westsibirien und das europäische Rußland mit Wladivostok auf dem kürzesten Wege zu verbinden und im Krisenfall über ganz Nord-China (Peking würde von der sügründigen russischen Eisenbahnstation nach diesen Abmachungen nur etwa 18 geographische Meilen entfernt sein) wie über eigenes Gebiet zu verfügen, also auch die Benutzung der dortigen Eisenbahn Linien ausschließlich für sich zu beanspruchen. Es läßt sich gar nicht leugnen, daß ein Vertrag der in Rede stehenden Art dem russischen Interesse voll und ganz entsprechen würde. Die Möglichkeit, daß er existieren könnte, ist daher keineswegs ausgeschlossen. Sollte er dennoch eine Enttäuschung der in London bestehenden Nachrichtenfabrik sein, die lediglich zu dem Zweck gemacht wäre, um auf den Strich zu schlagen, so wären die detaillierten Feststellungen doch jedenfalls infolien von Interesse sein, als sie zeigen, wie genau man sich in London in die russische Seele hineinzuversetzen weiß. Die englische Presse nimmt natürlich schon heute den angeblichen Vertrag als bare Münze hin und ist sehr aufgebracht. Einige Blätter hoffen, daß der Vertrag noch nicht ratifiziert sei und verlangen von Lord Salisbury energischen diplomatischen Widerstand, andere erklären, England müsse sofort im Süden Chinas genau dieselben umfangreichen Rechte erwerben, wie Rußland sie sich im Norden gesichert habe. Wieder andere, zu denen in erster Linie die „Times“ gehören, wollen den Widerstand Englands auf den Fall beschränkt wissen, daß die englischen Interessen „direkt“ angegriffen würden. Bis dahin aber, meinen sie, müsse England sein eigenes Geschäft betreiben. Dieses „eigene Geschäft“ Englands ist aber gerade der Haken bei der Sache. Es ist nämlich das Geschäft des „Opiums“, des Nehmens ohne Recht und der Vertheidigung des so Genommenen mit allen Kräften und Mitteln einer ganz und gar gewissenlosen Politik und Diplomatie. Wie es die Engländer machen, um ihre Herrschaft zu erhalten, schildert ein Dr. Beez in einer jüngst erschienenen Broschüre in folgender, unübertrefflich bündigen und klugen Sätze, die allgemein verbreitet zu werden verdienen: „Zunächst zu führenden Reize auszuweichen; das Ziel durch mühselige Klugheit erreichen; die Diplomatie mit am meisten Eifer das Geld arbeiten lassen; die Verfolgung eigensüchtiger Zwecke hinter hoch klingenden Grundbühnen verbergen; bei unglücklicher Weltlage Vertheidigungen ruhig einleiten, dagegen kühnheit zur Vertheidigung guter Gelegenheiten wissen und den Zeitpunkt abwarten; Verweilungen einleiten, dann aber die Hand herausziehen; neutral bleiben, aber beiden Theilen Waffen liefern, und während heftigste Identitäten sich schlagen, über beide kämpfende Theile hinweg milder Vortheile einbringen; die Kräfte der Streitenden sich erschöpfen lassen, um bei dem Friedensschluß ungeschwächt dazustehen und dessen Bedingungen zu diktiert; kurz mit trennen Leben denjenigen Ader zu bestellen — das ist der Kern der Politik bei den modernen Völkern.“ Wenn die Väter dieser Politik einmal bemerken, daß einer ihrer Gegner tüchtig aufpassen ist, als sie selbst, so thun sie, als ob sie in ihrem heiligen Rechte getränkt wären. Auch sehr möchten sie am liebsten ganz Europa in Waffen auf ihrer Seite haben, um das „Unrecht“, das ihnen Rußland in China angethan hat, zu sühnen. Das ist aber ein eitles Bemühen. In dem vorliegenden Falle heißt es einfach: „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“, und wenn die Russen dieses Mal schlauer gewesen sind als die Engländer, so mögen diese getrost selbst leben, wo sie bleiben. Geradezu komisch wirkt es, wenn man beobachtet, wie die Engländer, nachdem sie kaum in Petersburg abgeblüht sind, jetzt wieder den Franzosen um den Bart gehen, als sollte die Freundschaft mit Frankreich sie vor Rußland schützen. Bei dem Empfang des neuen englischen Botschafters in Paris, Sir Edward Monion durch den Präsidenten wurde ganz genau so zu, als wenn an Stelle des englischen der russische Gesandte getreten hätte. Sir Edward Monion hieß förmlich über von Versicherungen der englischen Liebe zu Frankreich und von Beteuerungen, daß zwischen beiden Ländern eine vollständige Entente bestehen, und Herr Bance konnte natürlich nicht gut anders, als die von dem Vordränger gebrauchten Ausdrücke anzunehmen. Bedeutet man dem schon zugewandten Gegenstand, der jetzt in diesem Augenblick zwischen England und Frankreich wegen der englischen Angelegenheit besteht, so erscheint die Frage berechtigt: „Wenn das noch eine Entente ist, was ist denn keine Entente?“

Es und wie weit die Engländer bei dem Durch in Vontzeno-Moskau die Hand im Spiele haben, wird erst noch festzustellen sein. Eintheilen haben wir mit der einen unabweisbaren Thatsache zu rechnen, daß der Reichstag den Engländern außerordentlich gelegen kommt, weil er ihnen eine Veranlassung bietet, sich einmischen wegen der Beschimpfung, die gleichzeitig einer englischen Blatte zugefügt worden ist. Die Delagoa-Bay ist nach der Hebung einer weiteren maßgebenden Kolonialpolitik ein Brennpunkt von politischen und Handelsinteressen, an dem in bedenklicher Weise Handhabe aufgehoben liegt, dessen Exploitation England zugunsten kommen würde, wenn Deutschland und Frankreich in der wachsenden Verfolgung ihrer eigenen Interessen tätig werden könnten. Auch an diesem Punkte der Welt will England nicht etwa eine verzögerte Herrschaft, sondern es handelt innerhalb des großen Rahmens seiner Weltmacht, die sich in einem riesigen Stufenbau vollzieht: Süd- und Ost-Afrika, Sudan, Mittelmeer-Gebiete, Vorderasien, Indien, Ost-Indien erst einmal die Delagoa-Bay in Besitz genommen, so hat es den Standpunkt gewonnen, von dem es ganz Südafrika aus den Angeln heben kann. Die Delagoa-Bay ist daher für England ein vielwichtiger Gegenstand der britischen Beschäftigung, dem man zunächst mittels der von Disraeli erlassenen „conquiste hypothécaire“, der Eroberung an hypothetischem Wege zu Leibe geht. Es werden in London die größten Anstrengungen gemacht, um die Delagoa-Bay-Obligationen in jeden Falle in englische Hände zu bringen, ebenso wie man seiner Zeit Caprien mittels eines regelrechten Vorkriegsunternehmens englische Vorkriegsunterstützung erhielt und jetzt dort mit Hilfe eines billigen „Vorkriegs“ auf's Neue die englische Herrschaft festigt hat. Derartige Anstrengungen sind von Seiten der mitinteressierten Mächte rechtzeitig durch entsprechende Gegenaktionen im Voraus gebogen worden. Es ist freilich nicht zu verkennen, daß das mangelnde Entgegenkommen Frankreichs gegenüber Deutschland ein wesentliches Hindernis für einen energischen Widerstand gegen die englischen Vorkriegsunterstützung in Süd-Afrika bildet. Trotzdem darf sich Deutschland nicht davon abhalten lassen, seine eigenen Interessen in jener Sphäre auch allein mit allem Nachdruck gegen England zu wahren. Dazu bieten die jüngsten Ereignisse in Vontzeno-Moskau eine Gelegenheit, bei der unsere Regierung ihren kolonialen Weltbild zu bekunden sicherlich nicht verfehlen wird.

Allerdings kann die Regierung nicht Alles allein machen. Wesentliche Voraussetzung einer erfolgreichen Kolonialpolitik wird immer die thätige Mithatbeteiligung des heimischen Kapitals an den kolonialen Unternehmungen sein, ein Punkt, der uns leider noch viel zu schaffen macht, während uns gerade die Engländer hierin mit leuchtendem Beispiel voranziehen! Das deutsche große Kapital aber verhält sich immer noch ablehnend und würde gegen die überseeischen Unternehmungen und hemmt dadurch eine erfolgreiche Aktion der Regierung, die an allen wichtigen Stellen mit gleichem Nachdruck eingreifen könnte, ganz bedeutend. Wie energisch angegriffen wir den Beutel zu halten gelernt sind, sobald es sich um überseeische Aufwendungen handelt, haben die letzten Verhandlungen über die Vorkriegsvorlage gezeigt. Wir stehen eben noch zu sehr unter der Herrschaft der traditionellen Gleichgültigkeit gegen koloniale Interessen, die im Laufe einer langen Zeit fortwährend in uns groß geworden ist und die ganz unerschütterlich wohl erst der nächsten Generation gelinieren dürfte. Zwischen uns und von Seiten der Regierung und der Kolonialreife Alles zu erreichen haben, was irgend möglich ist, um den kolonialen Gedanken wahrhaft vollständig zu machen, wie es unter nationalen Lebensinteresse erfordert. Ein gutes Mittel zu diesem Zweck wäre u. A. die allgemeine Verbreitung von guten künstlerischen Aufstellungen aus unseren Kolonien, die nach der Ansicht der Leiter der kolonialen Bewegung gefördert werden soll durch die Lebensbeziehung von Staatsunterstützungen an solche Künstler, die koloniale Studienreisen unternehmen wollen. Der Regierung soll demnach Gelegenheit gegeben werden, sich zu der Sache zu äußern und es darf wohl mit Rücksicht auf den angereichernden nationalen Vortheil, den die Bewirkung des Plans in Folge haben würde, mit Sicherheit erwartet werden, daß die Regierung sich zustimmend verhält.

Fernschreib- und Fernspruch-Verträge vom 11. Decbr.

Wien. Abgeordnetenhause. Bei der Budgetdebatte erklärte Graf Radetzki, die Regierung treibe solche Schritte an, um nicht durch Vertheidigungen die Gefährlichkeit irgend einer Partei erlangen und erstere Fühlung mit den Parteien, um den Senatstribunal zu bewahren und eine nicht parteimässige Behandlung der Grundfragen zu erzielen. Unterdenwärtigen und Uebelwollende auszuheben des Hauses werden deshalb ungerader Weise Zweideutigkeiten und Schwanken vor. Die Regierung leide die Politik, nehme parlamentarische Mittel, wo sie solche finde, und gebe nicht die Interessen der Gesamtheit Augenblickserfolge preis. Auch nach dem Neumöhlen werde die Regierung eine Politik verfolgen, welcher alle gemässigt, dem Staatswohl voraussetzenden Parteien folgen könnten. In der Bewilligung von Dispositionsfonds erwiderte die Regierung kein Vertrauen, sondern höchstens die Abwesenheit des Misstrauens.

Berlin. Reichstag. Entsprechend dem Antrag der Geschäftsordnungscommission wird von einem Herrern Gertz nachgehende Genehmigung zur Erhebung einer Schuldenlage wegen Vermeidung gegen den Abg. Buech (Soz.) verlag, während die Genehmigung zur Einleitung eines chengerechlichen Verfahrens gegen den Abg. Radmanns (Centr.) auf dessen ausdrücklichen Wunsch ertheilt wird. — In der Beratung stehen jedoch noch einige Punkte der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs unendlich geliebene Revolutionen. Die Kommission beantragt, der Reichstag möge die Erwartung ausdrücken, daß nachstehende Materien baldmöglichst einheitlich geregelt werden möchten: 1. Die Rechtsverhältnisse der Berufsvereine, 2. die Arbeitsverträge, 3. Haltung des Reichs für Schäden, welche durch Reichsbeamte in Ausübung ihrer Amtsbefugnisse verursacht werden sind, 4. Vorkriegsrecht, 5. Jagd- und Fischereirecht, 6. Verordnungsrecht, 7. Verordnungsrecht und 8. Wasserrecht. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) erklärt sich zugleich im Namen des abwesenden Reichstagsgenossen v. Stamm gegen diese Resolution, die ganz überflüssig sei. Es habe gar keinen Zweck, die Regierung zur baldmöglichsten Regelung einer so großen Reihe wichtiger Materien aufzufordern, da dazu vielleicht 10 bis 20 Jahre erforderlich sein würden. — Abg. Hüpenen (frak. links.) v. Stamm betrachtet alle Berufsvereine nur als Kampfvvereine und überhebe ganz deren sozialpolitische Bedeutung. Er selbst glaube, im Gegensatz zu Herrn v. Stamm, nur durch eine gesetzliche Organisation der Berufsvereine könne Streit und Föder vermieden werden, und

er fordert deshalb das Haus dringend auf, vor Herrn v. Stamm die Resolution anzunehmen. — Abg. v. Stamm (nat. lib.) konstatirt, daß Nr. 1 und 2 der Resolution dem Hause schon in der Sitzung vom 1. Juli angenommen worden seien. Die durch Nr. 3 der Resolution empfohlene Regelung der Haftung des Reiches für den durch Reichsbeamte verursachten Schaden sei unter jeden Fall eine würdige Aufgabe für das Reich. Auch in Bezug auf die übrigen Punkte bitte er, die Resolution anzunehmen. — Staatssekretär Niebeding: Für einzelne Verwaltungsweige möge eine Regelung der Verh. hinsichtlich des Reiches möglich und wünschenswert sein, aber eine generelle Regelung für alle Verwaltungsweige, eine einheitliche Regelung für dieselben, sei ganz unmöglich und undurchführbar. Zu bedenken gebe er außerdem, daß die Haftung für das Post- und Eisenbahnen bereits geregelt sei. Wünsche man an dieser Regelung Änderungen vorzunehmen oder nicht? Wenn nicht, dann müsse das doch mindestens in einer Resolution zum Ausdruck gebracht werden. Was dann das Verlags- und Vertheilungsrecht anlangt, so sei der Reich nach beiden Regelungen berechtigt, aber diese sei schon in Angriff genommen, und sobald die Regierung mit allen Arbeiten im Anschluss an das Bürgerliche Gesetzbuch fertig sein würde, hätte sie, dem Hause darüber bald Vor schläge machen zu können. Die Regierung von Berg, Jagd-, Fischerei- und Wasserrecht müsse das Haus doch wenigstens die Grundzüge kundgeben, nach denen es eine einheitliche Regelung wüchse. Die Resolution in ihrer Gesamtheit stelle der Regierung Aufgaben, von denen er nicht glaube, daß sie in zehn Jahren gelöst werden könnten. Welche man also mit der Resolution sagen, daß die Regierung schon jetzt Vorarbeiten zu diesem machen sollten, dann verlange das Haus, abgesehen von dem Verlags- und Vertheilungsrecht, Unmögliches. — Abg. Spahn (Centr.) drückt seine größte Ueberzeugung aus über diese Verhältnisse des Staatssekretärs. In der Kommission sei man schonzeitig dahin übereingekommen, alle diese Materien nicht in dem Bürgerlichen Gesetzbuch zu regeln, um dessen Zustandekommen nicht zu sehr zu verzögern, aber man habe gleichzeitig auf dem Wege der Resolution die baldmöglichste Regelung aller dieser Materien für notwendig erachtet. Die Regierung solle die Regelung sofort innerhalb zweier Jahre erfolgen lassen, habe ja Niemand verlangt oder erwartet. — Abg. Frohne (Soz.): Wie notwendig eine gesetzliche Organisation der Berufsvereine sei, habe er jetzt wieder der Hamburger Streit gezeigt. Die Sozialdemokraten stehen durchaus nicht auf dem Boden des Streikverbotens, aber solange die den Arbeitern ein geordnetes Koalitionsrecht verweigert, solange können sich dieselben nicht anders als durch Streiks helfen. — Abg. v. Salha (nat. lib.) beantwortet den die Haltung des Reiches betref. Punkt der Resolution, will dagegen, daß bezüglich des Wasserrechts Besorgen vorzuziehen. — Staatssekretär Niebeding wiederholt, daß für Verhältnisse von Reichs-eisenbahnen bereits Subsidia des Reiches bestehen. — Abg. Hüpenen (frak. links.) empfiehlt die einzelnen Theile der Resolution, widerpricht aber einer schablonenhaften Regelung des Wasserrechts. — Abg. Bance (Centr.): Mit der Materie Berg, Jagd-, Fischerei- und Wasserrecht verweise er nicht, diese Punkte könnten einflusslos aus der Resolution fortbleiben. — Abg. v. Bennigsen (nat. lib.) plaidirt für Annahme der ganzen Resolution. — Abg. Schneider (frak. links.) macht besonders geltend, daß an der Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine nicht nur Arbeiter interessiert wären, sondern vornehmlich auch die Handwerker. — Abg. Hüpenen (frak. links.) legt lebhaftes Verwahrung gegen die Aufstellung ein, welche namentlich in dem Sozialdemokratischen Vorschub bestehe, was nicht konventionell sei und der Arbeiter eintreten. Man solle sich darüber klar sein, daß die Sozialdemokratie nicht vom Himmel heruntergefallen sei. — Abg. Spahn (Centr.) stellt auf Grund der geographischen Verhältnisse aus der Kommission des Bürgerlichen Gesetzbuchs fest, daß sich damals der Staatssekretär Niebeding ganz anders über die Bedeutung der Resolution ausgesprochen habe. — Abg. v. Kardorff (Reichsp.) begründet dem Abg. Hüpenen gegenüber seinen Widerstand gegen die Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine damit, daß Letztere zweifellos sofort in die Hände der Sozialdemokratie fallen würden. — Abg. Scholl (nat. lib.) verweist die Konventionen gegen die Vorwürfe des Abg. Hüpenen, indem er auf die Vannmann'schen Vereinbarungen hinweist. Er wolle nur wünschen, daß Letztere sich von den sozialdemokratischen Umklümmungen frei machen möchten. (Lachen links.) Die konventionelle Partei sei durchaus arbeitervreundlich (Lachen bei den Sozialdemokraten). — Abg. Frohne (Soz.): Die konventionelle Arbeitervreundlichkeit erweise den Arbeitern nur als artigen Kindern ihre Wohlthaten, während sie ihnen das Koalitionsrecht verweigern will. Die konventionelle Arbeitervreundlichkeit sei auf den vorliegenden Sinn dieses Gesetzes ein wahrer Vohn. — Abg. Hüpenen (frak. links.) erwidert dem Abg. Scholl, gerade bei den unorganisierten Massen habe die Sozialdemokratie leuchtendes Spiel als bei den organisierten Gesellschaften. Nicht er sei von den Konventionen abgegangen, sondern diese Partei habe sich von ihm entfernt. — Abg. Köster (Nat. lib.) tritt Namens der Reichspartei ebenfalls für die Organisation der Berufsvereine ein. — Die Resolution der Kommission wird in allen ihren Punkten angenommen. — Eine Resolution über betr. baldmöglichsten Erlass einer Gewerbegerichtsbehörde durch Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbebehörden auf die Streitigkeiten aller Arbeitnehmer, wird nach kurzer Debatte abgelehnt. — Einmal wird noch eine Resolution Vachem angenommen, zu erwidern, daß an den Landesuniversitäten das Bürgerliche Gesetzbuch den Mittelpunkt der privatrechtlichen Vorlesungen bilde. — Morgen: Fortsetzung der Beratungen über die Vorkriegsvorlage.

Berlin. Die „Vant- und Handelsztg.“ befragt, daß infolge ihres Enthaltungs-Artikels ein Gerücht über die Einsetzung eines anderen Mannes richte. Das Vernehmen habe die Behauptung des „Deutschen Tagesztg.“ zum Gegenstand, wonach jener Artikel von dem Staatssekretär Herrn v. Marschall oder dem Auswärtigen Amt verfasst und in die „Vant- und Handelsztg.“ eingeschmuggelt worden sei. Der Redakteur der „Vant- und Handelsztg.“ hat sich selbst als Verfasser des Artikels bekannt und unter Eid versichert, daß weder Herr v. Marschall, noch das Auswärtige Amt direkt oder indirekt mit jenem Artikel in irgend welchem Zusammenhang stehen. — Wie der „Post“ geschrieben wird, wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß bei der Beratung des Staats im Abgeordnetenhause der Justizminister die Frage zu beantworten haben werden, ob er es für vereinbar mit dem Geiste der Strafprozedur halte, daß im Vordere-Lizyon-Prozess der Vorsitzende des Gerichtshofes dem Staatssekretär des Auswärtigen nachgelassen hat, gewissermaßen als Dirigent der Verhandlung und gleichzeitig als Staatsanwalt aufzutreten.

Triumph-Seife
mit Honig
mit Sandelholz